



Bei der Mobilitätswende
bringen uns Förderprogramme
für Besserverdiener nicht weiter

Es ist ein tolles, zukunftssträchtiges Konzept: Auf dem Hausdach wird Solarstrom gewonnen, der den Energiebedarf des Haushalts und eines E-Autos deckt. Bundesverkehrsminister Volker Wissing hat diesen Monat ein Förderprogramm vorgelegt, das mehr Menschen den Einstieg in die Energieautarkie und in die CO₂-neutrale Mobilität ermöglichen soll. Wer sich eine Photovoltaik-Anlage samt Speicher und Lademöglichkeit anschafft und dazu ein E-Auto besitzt, darf nun mit bis zu 10.200 Euro Förderung rechnen. Doch dieser Vorstoß richtet sich nicht nur an die falsche Zielgruppe, er bringt uns bei der Mobilitätswende auch kaum voran.

Für mich sind wesentliche Aspekte des Förderangebots nicht nachvollziehbar. Da wäre zunächst der Zeitpunkt: In Deutschland befindet sich die Nachfrage nach PV-Anlagen derzeit auf einem Allzeit-Hoch. Fachbetriebe beklagen ihre Personalmängel, an Aufträgen mangelt es hingegen nicht. Indem der Bund nun durch Förderung einen weiteren Anreiz zum Einstieg in die Photovoltaik schafft, ist eher davon auszugehen, dass in der Folge die Preise für die Anlagen und ihren Einbau steigen werden.

Noch problematischer ist aus meiner Sicht allerdings, dass die Förderung den Besitz oder Neukauf eines E-Autos voraussetzt. Wer investiert in eine PV-Anlage samt Wallbox, ohne früher oder später nicht ohnehin zur E-Mobilität wechseln zu wollen? Um die Förderung zu erhalten, werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer nun zu einer wesentlich größeren Sofort-Investition gedrängt. Und wer bisher ein E-Auto in der Garage geladen hat, ohne das PV-geeignete Hausdach zu nutzen, wird nun mit der Förderung geradezu dafür belohnt.

Statt nun den Teil der Bevölkerung zu fördern, der mit Blick auf eine eigene Dachfläche überhaupt über den Luxus einer eigenen Stromgewinnung nachdenken kann, hätte die Bundesregierung die für das Förderprogramm eingeplanten 500 Millionen Euro eher dort investieren sollen, wo sie tatsächlich einen merklichen Effekt auf die Mobilitätswende gehabt hätten. Beispielsweise – wie auch wir im Landkreis Augsburg seit Jahren anregen – in einen alltagstauglichen, zuverlässigen Personennahverkehr im ländlichen Raum. Denn noch erstrebenswerter, als die miserable CO₂-Bilanz des Straßenverkehrs zugunsten von Besserverdienern aufzupolieren, sollte es aus Sicht der Bundesregierung sein, dass allen Bürgerinnen und Bürgern – auch denjenigen ohne eigene Dachfläche – nachhaltige Verkehrsmittel zur Verfügung stehen.

Ihr

Martin Sailer
Landrat